A23 Wir sichern die Freiheit und bewahren die Vielfalt (Unsere Zuhausse: ein weltoffenes Europa)

Antragsteller*in: LaVo

Antragstext

Die Europäische Union ist eine historisch einzigartige Errungenschaft, ein Friedensprojekt, das Stück für Stück von Europäer*innen erkämpft wurde: Aus verfeindeten Nationen wurden Partner*innen. Im geeinten und solidarischen Europa liegt Thüringens Zukunft. Immer deutlicher wird auch, dass wir Europäer*innen für unsere demokratischen und menschenrechtlichen Werte sowie berechtige Interessen, etwa im Kampf gegen den Klimawandel, nur gemeinsam international erfolgreich eintreten können. Thüringen soll deshalb in den kommenden Jahren für ein stärkeres, demokratischeres und sozialeres Europa streiten. Die Herausforderungen unserer Zeit wollen wir so gemeinsam lösen.

Im Sinne der europäischen Idee wollen wir die bestehenden europäischen Regionalpartnerschaften Thüringens nutzen und eine weitere mit einer Region in Europas Süden entwickeln. Wir wollen durch diese Partnerschaften mit und von unseren Nachbarn lernen: wie wir gemeinsam den Europäischen Green Deal voranbringen, wie wir Digitalisierung im Interesse der Bürger*innen gestalten, wie wir Solidarität üben und uns gemeinsam gegen Nationalismus wehren. Das wollen wir in Thüringen jährlich in der Europawoche im Mai landesweit zum Thema machen. Der Landtag soll künftig auch in jährlichen Europadebatten die europapolitische Arbeit bilanzieren und jeweils neue Vorhaben beraten. Die Zukunft der EU ist zwar durchaus bedroht – durch Populismus, Nationalismus, Egoismus, doch wir BÜNDNISGRÜNE sind und bleiben überzeugte Europäer*innen. Wir setzen auf eine Politik, die europäische Solidarität zum Kompass hat – denn die nutzt den Menschen in allen Mitgliedstaaten und ganz gewiss uns hier in Thüringen.

Demokratie in Europa

Wir wollen Thüringens Gewicht in die Waagschale werfen, um die Europäische Union transparenter, demokratischer und bürger*innennäher zu machen. Das gilt für die Mitwirkung des Landtags an europäischer Gesetzgebung. Es gilt für Thüringens Abgeordnete im Europäischen Parlament, das ein eigenes vollwertiges Initiativrecht für europäische Gesetzgebungen erhalten soll. Es gilt für regelmäßige Präsenz von Landesregierung und Landtag in Brüssel und unser Mitwirken im Ausschuss der Regionen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Europäische Bürgerinitiative (EBI) als Instrument der direkten Bürger*innenbeteiligung gestärkt und entbürokratisiert wird. Unionsbürger*innen sollen an ihrem ständigen Wohnsitz das allgemeine Wahlrecht ausüben können. Wir wollen die Europakompetenz der Verwaltung in Thüringen stärken und die EU-Beratungsstellen ausbauen.

Europäische Fördermittel für Thüringen

Förderung durch die Europäischen Strukturfonds dient der Angleichung der Lebensverhältnisse in Europa. Davon hat Thüringen in den vergangenen Dekaden erheblich profitiert. Bei der Weiterentwicklung der EU-Förderpolitik soll sich Thüringen für das Leitbild nachhaltiger Entwicklung und für ambitionierte Klimaschutzziele der Europäischen Union einsetzen. Die Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe, der Schutz der Umwelt, eine sich an den Menschen

orientierende digitale Innovation und der soziale Zusammenhalt gehören in das Zentrum der Förderpolitik. Insgesamt muss der Verwaltungsaufwand der EU-Förderprogramme, besonders für Kleinprojekte, erheblich reduziert werden. Wir wollen mit vom Land finanzierten Europalotsen in jeder der vier Thüringer Regionen als zentralen Anlaufstellen für Anliegen aus der Bürgerschaft und aus der Wirtschaft in Thüringen dazu beitragen, dass Europa näher rückt.

Europa der Bürger*innen

Das Herz der Europäischen Union schlägt nur dann kräftig, wenn sich Bürgerinnen und Bürger aktiv an der Gestaltung Europas beteiligen können. Deshalb wollen wir uns in Thüringen engagiert an den europaweiten Diskussionen der Konferenz über die Zukunft Europas beteiligen. Wir wollen auch Städtepartnerschaften dafür nutzen. Es muss Anliegen des Landes sein, dass die ganze Gesellschaft einschließlich von Stadt und Land, von großen und kleinen Gemeinden daran teilhaben kann. Wir setzen uns auf europäischer Ebene dafür ein, dass das EU-Programm „Erasmus+“ für den Austausch von Studierenden ausgebaut und die Austauschangebote für Lehrlinge erweitert werden. Auf Landesebene wollen wir Informationsangebote zu den Möglichkeiten eines Auslandsaufenthaltes für Studierende und Auszubildende verbessern und über die Chancen des Europäischen Freiwilligendienstes informieren. Wir unterstützen die annähernd 30 Europaschulen in Thüringen, werben um weitere und wollen durch spezielle Angebote des Landes dazu beitragen, dass möglichst viele Schülerinnen und Schüler die europäische Dimension in ihrer Vielfalt kennenlernen können.

Bürger*innen der einen Welt

Als Bürger*innen der Einen Welt wollen wir in Thüringen Globales Lernen, nachhaltigen Konsum und Fairen Handelfördern. Das fängt bei den Kleinsten in Kindergärten und Schulen an. Hier werden wichtige Grundsteine gelegt – für Weltverstehen, Gerechtigkeitsempfinden und den respektvollen Umgang mit Vielfalt und den endlichen Ressourcen in einer globalisierten Welt. Wir unterstützen „Fairtrade-Schulen“ und „Fairtrade-Kitas“ und wollen neue Initiativen ins Leben rufen, um Nachhaltigkeit für Kinder erlebbar zu machen. Eine-Welt-Arbeit, kommunale Entwicklungszusammenarbeit und die Thematisierung von Flucht und Migration im Rahmen von Städtepartnerschaften sollen die Entwicklungspolitik in Thüringen stärken.

Handelsabkommen und Investitionsabkommen müssen menschenrechtliche und ökologische Standards ebenso einhalten wie, die Rechte von Arbeitnehmer*innen und den Schutz der Verbraucher*innen. Sonderklagerechte für Konzerne. lehnen wir ab. Handel muss sich daran messen lassen, was er zur weltweiten ökologisch-sozialen Transformation beiträgt. Wir lehnen aus diesen Gründen aktuell das Mercosur-Abkommen und das Investitionsabkommen mit China in der vorliegenden Form ab.

Koloniale Vergangenheit

Die Erinnerung an die Zeit des Nationalsozialismus sowie die stets neue Vergewisserung über die daraus zu ziehenden Konsequenzen gehören für alle Zeiten zur gesellschaftlichen Kernaufgabe der deutschen Kulturpolitik. Wir wollen darüber hinaus aber auch den Blick für die europäische, insbesondere die deutsche Kolonialgeschichte schärfen. Diese prägt bis heute das Selbstverständnis unserer mehrheitlich weißen Gesellschaft und unseren Blick auf

die Welt. Wir wollen daher die weitreichenden Auswirkungen dieser Zeit ins Bewusstsein rücken. Die Kolonialgeschichte muss ein integraler Bestandteil des Lehrplans an Thüringer Schulen sein.

Darüber hinaus zählt zur Aufarbeitung für uns GRÜNE auch die Förderung von künstlerischen und nichtkünstlerischen Projekten zur Zeitgeschichte. Auch Thüringen hat zum Beispiel mit der NS-Rasseforschung an der Universität Jena oder der „Kolonial- und Völkerschau“ in Johannistal bei Eisenach ein schweres historisches Erbe. Dies muss wissenschaftlich und in der künstlerischen Praxis aufgearbeitet werden. In den nächsten Jahren muss im Rahmen der Provenienzforschung zudem ein Schwerpunkt von Kulturpolitik sein, dass die ehemaligen Kolonialstaaten das Unrecht der kolonialen Ausbeutung, das sich zum Beispiel auch im Raub von Kulturgütern dokumentiert, anerkennen und darüber eine selbstkritische Auseinandersetzung auf Augenhöhe mit den Staaten führen, die ihrer Schätze beraubt wurden. Zu einer Aufarbeitung der Kolonialgeschichte gehört die Anerkennung des Völkermordes an den Herero und Nama. Wir werden die Bundesregierung auffordern, hier ihrer Verantwortung nachzukommen. Gräuel in der Geschichte können nicht totgeschwiegen werden. Straßennamen und öffentliche Orte, deren Namen den deutschen Kolonialismus verharmlosen oder Menschen würdigen, die mit Verbrechen im Kolonialismus in Verbindung stehen, sollen partizipativ umbenannt werden. Hierfür soll die Landesregierung mit Expertise zur Seite stehen und einen Fonds einrichten, der die Kommunen bei Umbenennungen unterstützt.